

# Wer protestiert in Österreich?

## Soziodemografische, ideologische und psychologische Aspekte der Normalisierungsthese

### 1 Einleitung

Seit der Jahrtausendwende wird die Forschung zu politischem Protest, das heißt zu „unkonventionellen“, nicht-institutionalisierten Formen der politischen Partizipation, von der Normalisierungsthese beeinflusst. Politischer Protest, argumentieren die Vertreter:innen dieser These, ist ein normaler Bestandteil der Politik geworden, hat seinen unkonventionellen Charakter endgültig eingebüßt und weist auch nicht auf fundamentale Krisen oder Spannungen in der Gesellschaft hin. Mehr noch: Die Allgegenwart von unterschiedlichen, mit politischem Protest verbundenen Aktionsformen und die immer wichtiger werdende Rolle sozialer Bewegungen als typische Trägerinnen von Protesten habe westliche Demokratien in „Bewegungsgesellschaften“<sup>1</sup> transformiert.

In Ergänzung zur generellen Normalisierung von Protest und auch als logische Konsequenz dieser Entwicklung betonen viele Studien zudem eine Normalisierung der Teilnehmer:innen an Protesten. Im Gegensatz zu früheren Epochen würden sich Protestierende nicht mehr fundamental von der übrigen Bevölkerung unterscheiden.<sup>2</sup> Diese Einschätzung blieb jedoch nicht unwidersprochen. Viele Autor:innen weisen auf immer noch bedeutende Unterschiede zwischen in der Protestarena aktiven und nicht aktiven Personen beziehungsweise Gruppen hin. Betont werden unter anderem die stärkere Beteiligung von Personen mit höherer Bildung<sup>3</sup> und vor allem die Dominanz

---

1 Vgl. Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*, Lanham 1998.

2 Vgl. Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone? In: *Comparative Politics* 37/2 (2005), S. 189–205; van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan: Who is that (Wo)Man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester, in: *European Journal of Political Research* 39/4 (2001), S. 461–486.

3 Vgl. Gallego, Aina: Unequal Participation in Europe, in: *International Journal of Sociology* 37/4 (2007), S. 10–26; Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation. A Multi-level Analysis of 25 countries, in: *Political Studies* 58/2 (2010), S. 187–213.

der politischen Linken,<sup>4</sup> zumindest bei Protesten in Westeuropa.<sup>5</sup> Auch psychologische Aspekte, wie eine größere Unzufriedenheit mit den persönlichen und politischen Verhältnissen oder ein geringeres Vertrauen in die Politik, werden immer noch als typische Merkmale von Protestierenden identifiziert.<sup>6</sup> Das tatsächliche Ausmaß der Normalisierung kann daher in Bezug auf drei Aspekte erfasst werden: einen soziodemografischen, einen ideologischen und einen psychologischen.

Das vorliegende Kapitel untersucht die Erklärungskraft der Normalisierungsthese in den drei erwähnten Dimensionen am Beispiel Österreichs. Ergebnisse der Forschung zeigen, dass Österreich bei der generellen Bedeutung von politischem Protest sowie in Bezug auf verschiedene Merkmale der in der Protestarena handelnden Akteur:innen oder artikulierten Themen einem typischen europäischen Land entspricht.<sup>7</sup> Traditionelle Sichtweisen, die eine in Österreich außergewöhnlich niedrige Beteiligungsrate außerhalb institutioneller Partizipationskanäle betonen,<sup>8</sup> sind veraltet. Es wird daher erwartet, dass die Normalisierungsthese auch für Österreich zutrifft.

Während sich die auf Umfragen gestützte Forschung zu Protestverhalten häufig auf die Beteiligung an Demonstrationen fokussiert oder Protestverhalten im Allgemeinen erfasst und dafür, sofern vorhanden, unterschiedliche Aktionsformen in einem Index zusammenfasst, vergleicht die vorliegende Studie drei Protestformen: Petitionen (Unterschriftensammlungen), Demonstrationen (Märsche bzw. Kundgebungen) und Boykotte (als klassische Form des politischen Konsums). Ein Vergleich von drei mit politischem Protest verbundenen Partizipationsformen ermöglicht einen näheren Blick auf die Normalisierungsthese, da ihre Validität zwischen moderaten Formen wie Petitionen und weniger moderaten Formen wie Demonstrationen variieren kann. Politischer Konsum ist wiederum eine besonders individualisierte Form von Partizipation, die auch der „Lifestyle Politics“ zugeordnet wird.<sup>9</sup> Es stellt sich daher die Frage, ob und

4 Vgl. Torcal, Mariano/Rodon, Toni/José Hierro, Maria: Word on the Street. The Persistence of Leftist-dominated Protest in Europe, in: *West European Politics* 39/2 (2016), S. 326–350.

5 Vgl. Kostelka, Filip/Rovny, Jan: It's Not the Left. Ideology and Protest Participation in Old and New Democracies, in: *Comparative Political Studies* 52/11 (2019), S. 1677–1712.

6 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001.

7 Vgl. Dolezal, Martin: From Party State to Movement Society? Conventional and Unconventional Democratic Practices in Austria, 1974–2018, in: Bischof, Günter/Wineroither, David M. (Hg.): *Democracy in Austria*, Innsbruck 2019, 137–155.

8 Vgl. Plasser, Fritz/Seeber, Gilg: Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich, in: Helms, Ludger/Wineroither, David (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden 2017, S. 337–364.

9 Vgl. de Moor, Joost: Lifestyle Politics and the Concept of Political Participation, in: *Acta Politica* 52/2 (2017), S. 179–197; Lorenzini, Jasmine/Forno, Francesca: Political Consumerism and Lifestyle Activism,

wie stark sich das Ausmaß der Gültigkeit der Normalisierungsthese zwischen den drei Protestformen unterscheidet.

Im folgenden Abschnitt wird der theoretische Hintergrund der Forschungsfrage dargestellt und die mögliche Normalisierung der Teilnehmer:innen bei Protesten in drei Dimensionen (soziodemografisch, ideologisch und psychologisch) diskutiert. Daran schließt eine Charakterisierung der drei für die Studie ausgewählten Protestformen (Petition, Demonstration, Boykott) an. In weiterer Folge werden die verwendeten Daten des European Social Survey (ESS) vorgestellt, ehe die Ergebnisse der Analysen präsentiert werden. Die Resultate zeigen, dass die soziodemografische Normalisierung vor allem von der Dominanz bildungsstärkerer Gruppen und die ideologische Normalisierung von Personen mit einer linken ideologischen Position geschwächt wird. Letzteres betrifft aber nur Demonstrationen, wogegen der Links-Rechts-Gegensatz bei den beiden anderen Protestformen keine wesentliche Rolle spielt. Die psychologische Dimension der Normalisierung wird von den Daten stark unterstützt. Allein die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung spielt als motivierender Faktor für die Beteiligung an Protesten eine Rolle, nicht aber Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben oder dem Funktionieren der Demokratie. Ein Vergleich der drei Protestformen zeigt die generell geringsten Normalisierungstendenzen bei den Teilnehmer:innen an Demonstrationen.

## 2 Politischer Protest: vom unkonventionellen Verhalten zur Normalisierungsthese

Während frühe Studien zu politischem Protest auf dessen irrationalen und demokratiegefährdenden Charakter verwiesen,<sup>10</sup> wird die Beteiligung an Protestereignissen spätestens seit der bahnbrechenden *Political Action*-Studie<sup>11</sup> als zusätzliche Form von politischer Partizipation interpretiert. Seit der Jahrtausendwende werden dabei zwei miteinander verbundene Entwicklungen beobachtet: eine generelle Ausbreitung von Protesten<sup>12</sup> sowie eine Normalisierung der Protestierenden,<sup>13</sup> das heißt eine Anglei-

---

in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Participation*, Oxford 2022, S. 417–434.

10 Vgl. Buechler, Steven M.: *The Strange Career of Strain and Breakdown Theories of Collective Action*, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford 2004, S. 47–66.

11 Vgl. Barnes, Samuel H./Kaase, Max: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.

12 Vgl. Rucht, Dieter: *The Spread of Protest Politics*, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford 2007, S. 708–723.

13 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001.

chung der in der Protestarena aktiven Menschen an die Gesamtbevölkerung. Insgesamt, so eine sehr weitreichende Einschätzung von Meyer und Tarrow,<sup>14</sup> würden sich westliche Gesellschaften aufgrund der Alltäglichkeit von unterschiedlichen Formen von Protesten sogar in „Bewegungsgesellschaften“ entwickeln. Ähnliche Überlegungen wurden als Reaktion auf die Entwicklung in (West)Deutschland schon in den frühen 1990er Jahren formuliert.<sup>15</sup> Politischer Protest, folgt man dieser Interpretation, hat in etablierten Demokratien an Legitimität in der Bevölkerung gewonnen,<sup>16</sup> und auch der Staat hat seine typische Reaktionsweise von Repression auf Kooperation umgestellt, wie der veränderte Umgang der Polizei mit Protestierenden belegt.<sup>17</sup> Empirische Studien zu einzelnen Ländern zeigen, dass es etwa in Deutschland<sup>18</sup>, Schweden<sup>19</sup>, Belgien<sup>20</sup> oder Italien<sup>21</sup> tatsächlich zu relevanten Veränderungen bei den Teilnehmer:innen an Protesten gekommen ist, wenngleich eine komplette Normalisierung nirgendwo erfolgt ist. Eine geringere Tendenz zur Normalisierung wurde hingegen in den USA festgestellt.<sup>22</sup>

Die Literatur zur Normalisierungsthese bezieht sich auf unterschiedliche Faktorengruppen, die die Beteiligung an Protesten erklären können. Obwohl eine strikte Trennung dieser individuellen Charakteristika von Protestierenden nicht möglich ist, kann dennoch zwischen einer soziodemografischen, einer ideologischen und einer psycho-

---

14 Meyer/Tarrow 1998.

15 Vgl. Fuchs, Dieter: *The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB, FS III 90–203), Berlin 1990; Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: *Soziale Welt* 44/3 (1993), S. 305–326.

16 Vgl. kritisch dazu Crozat, Matthew: Are the Times A-Changin’? Assessing the Acceptance of Protest in Western Democracies, in: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*. Lanham 1998, 59–81.

17 Vgl. della Porta, Donatella/Fillieule, Olivier/Reiter, Herbert: Policing Protest in France and Italy: From Intimidation to Cooperation? In: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*, Lanham 1998, S. 111–130.

18 Lahusen, Christian/Bleckmann, Lisa: Beyond the Ballot Box. Changing Patterns of Political Protest Participation in Germany (1974–2008), in: *German Politics* 24/3 (2015), S. 402–426.

19 Wennerhag, Magnus, Patterns of Protest Participation are Changing, in: *Sociologisk Forskning* 54/4 (2002), S. 347–351.

20 Vgl. Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Does Protest Signify Dissatisfaction? Demonstrators in a Postindustrial Democracy, in: Torcal, Mariano/Ramon, José (Hg.): *Political Dissatisfaction in Contemporary Democracies*, London 2006, S. 279–309.

21 Vgl. Quaranta, Mario: The ‚Normalisation‘ of the Protester. Changes in Political Action in Italy (1981–2009), in: *South European Society and Politics* 19/1 (2014), S. 25–50.

22 Vgl. Caren, Neal/Ghoshal, Raj Andrew/Ribas, Vanesa: A Social Movement Generation. Cohort and Period Trends in Protest Attendance and Petition Signing, in: *American Sociological Review* 76/1 (2011), S. 125–151.

logischen Dimension der Normalisierung unterschieden werden. Diese drei Aspekte werden auch in Studien genannt, die sich generell – und mit einem Fokus auf die Mikroebene – mit der Beteiligung an Protesten befassen, ohne explizit auf eine mögliche Normalisierung der Teilnehmer:innen einzugehen. So nennen etwa Dalton et al.<sup>23</sup> die der soziodemografischen Dimension zuordenbaren Ressourcen Bildung und Einkommen sowie den Bereich der Werte, zu dem auch Ideologie gezählt werden kann. Zusätzlich beziehen sie sich auf die als *Grievance Theory* bezeichnete klassische Erklärung von Protestverhalten als Antwort auf soziale Probleme und als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben oder den politischen Verhältnissen. Letzteres wird in der vorliegenden Untersuchung als psychologischer Aspekt der Normalisierungsthese bezeichnet.

Der Blick auf die soziodemografischen Merkmale von Protestierenden schließt an Fragen der Gleichheit bei der politischen Partizipation an.<sup>24</sup> Die in vielen Ländern beobachtete Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung als Folge eines stärkeren Engagements von sozioökonomisch bessergestellten und formal höher gebildeten Gruppen<sup>25</sup> könnte, so die Annahme, durch andere Formen der Ungleichheit bei nicht-institutionalisierten Partizipationsformen ausgeglichen werden. Tatsächlich wurde dies für die Faktoren Geschlecht und Alter bereits gezeigt, wobei vor allem bei jüngeren Personen auf einen Ausgleich der niedrigeren Partizipationsrate bei institutionalisierten Formen verwiesen wird.<sup>26</sup> Die Normalisierungsthese würde im Gegensatz dazu keine wesentlichen Unterschiede bei klassischen soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Bildung erwarten. Die soziale Repräsentativität von Protestierenden – und damit auch die Repräsentativität ihrer Forderungen – kann jedoch auch über andere Aspekte erfasst werden, etwa den Wohnort und den damit verbundenen Stadt-Land-Gegensatz sowie den Migrationshintergrund von Personen. Bei institutionalisierten Formen der Partizipation ist die letztgenannte Personengruppe auch in Österreich unterrepräsentiert,<sup>27</sup> weshalb die Frage nach der Gleichheit von Partizipation bei Protesten um diesen Aspekt erweitert wird. Trifft die erste Dimension der Norma-

23 Dalton, Russell/van Sickle, Alix/Weldon, Steven: The Individual-Institutional Nexus of Protest Behaviour, in: *British Journal of Political Science* 40/1 (2010), S. 51–73.

24 Vgl. Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E./Verba, Sidney: *Unequal and Unrepresented. Political Inequality and the People's Voice in the New Gilded Age*, Princeton 2018.

25 Lijphart, Arend: *Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma*, in: *American Political Science Review* 91/1 (1997), S. 1–14.

26 Vgl. Marien/Hooghe/Quintelier 2010; Melo, Daniela F./Stockemer, Daniel: *Age and Political Participation in Germany, France and the UK: A Comparative Analysis*, in: *Comparative European Politics* 12/1 (2014), S. 33–53.

27 Vgl. Filzmaier, Peter/Patscheider, Markus/Perlot, Flooh: *MigrantInnen als Wählergruppe*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 44/2 (2015), S. 29–43, S. 37.

lisierungsthese zu, sollten die vorhandenen Daten insgesamt keine relevanten soziodemografischen Differenzen zwischen in der Protestarena aktiven und nicht-aktiven Personen zeigen (Hypothese 1).

Der zweite Aspekt der Normalisierungsthese bezieht sich auf das ideologische Profil von Protestierenden und deren Werteorientierungen. In einer „Bewegungsgesellschaft“<sup>28</sup> werden unterschiedliche Anliegen auf der „Straße“ artikuliert, sodass sich das ideologische Profil von bei Protesten aktiven und nicht-aktiven Personen weniger klar unterscheidet als in früheren Epochen. Dies kann auch eine direkte Folge von Gegenmobilisierungen sein, wenn zum Beispiel die vormals linke Dominanz bei Protesten zum Themenbereich Migration von einer rechten Gegenmobilisierung gebrochen wird.<sup>29</sup> Im Gegensatz dazu betonen etwa Torcal et al.<sup>30</sup> sowie Hutter und Kriesi<sup>31</sup> eine immer noch vorhandene Dominanz linker Protestierender, sei es aufgrund unterschiedlicher politischer Werte wie dem Wunsch nach sozialer und politischer Veränderung<sup>32</sup> oder der zumindest in Nordwesteuropa bestehenden historischen Verbindung mit mobilisierenden linken Akteurinnen wie Arbeiter:innenparteien oder Gewerkschaften.<sup>33</sup> Neben dem Fokus auf die politische Linke, die traditionell über ökonomische Forderungen definiert wurde, spielt auch kultureller Liberalismus eine zentrale Rolle bei der Erklärung von Protestverhalten.<sup>34</sup> Den damit verbundenen Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werten bestimmen nicht ökonomische Streitfragen, sondern Aspekte der Lebensführung und der Akzeptanz von Diversität; dazu kommt noch der – von libertärer Seite – geäußerte Wunsch nach mehr direkter Beteiligung bei politischen Prozessen. Eine ähnliche Interpretation liegt Ingleharts Konzept des Postmaterialismus<sup>35</sup> zugrunde, doch wird dieses in der aktuellen (politikwissenschaftlichen) Forschung deutlich weniger oft berücksichtigt als noch in den 1980er und 1990er Jahren. Bei

28 Vgl. Meyer/Tarrow 1998.

29 Vgl. Dolezal, Martin: Die österreichische Protestarena im neuen Jahrtausend: Mobilisierungsstärke, Aktionsformen und Themen, 1998–2016, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 50/2 (2021), S. 1–13.

30 Torcal/Rodon/José Hierro 2016.

31 Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter: Movements of the Left, Movements of the Right Reconsidered, in: van Stekelenburg, Jacquelin/Roggeband, Conny/Klandermands, Bert (Hg.): The Future of Social Movement Research. Dynamics, Mechanisms, and Processes, Minneapolis (2013), S. 281–298.

32 Vgl. Grasso, Maria T./Giugni, Marco: Political Values and Extra-Institutional Political Participation. The Impact of Economic Redistributive and Social Libertarian Preferences on Protest Behaviour, in: International Political Science Review 40/4 (2019), S. 470–485

33 Vgl. Borbáth, Endre/Gessler, Theresa: Different Worlds of Contention? Protest in Northwestern, Southern and Eastern Europe, in: European Journal of Political Research 59/4 (2020), S. 910–935.

34 Vgl. Grasso/Giugni 2019; Kostelka/Rovny 2019.

35 Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

einem Test der zweiten Normalisierungsdimension sollten somit keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der ideologischen Orientierung von Protestierenden und Nicht-Protestierenden auftreten. Dies bezieht sich sowohl auf die traditionelle Links-Rechts-Orientierung als auch auf den Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werten (Hypothese 2).

Eine dritte mögliche Dimension der Normalisierungsthese bezieht sich auf die Frage, inwieweit die Beteiligung an politischen Protesten als Ausdruck einer generellen Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, aber auch den politischen Verhältnissen zu deuten ist. Die Objekte der politischen Unzufriedenheit sind vielfältig, sie können sich auf den allgemeinen Zustand der Demokratie im eigenen Land beziehen oder auf aktuell regierende Parteien/Personen und deren Entscheidungen. Diese „psychologische“ Komponente wurde vor allem in der älteren Literatur betont, in der eine direkte Verbindung zwischen Frustration und der Beteiligung an (gewalttätigen) Protesten betont wurde.<sup>36</sup> Aber auch in der aktuellen Forschung werden *Grievances* immer noch als „at the heart of every protest“<sup>37</sup> gesehen. Die Vertreter:innen der Normalisierungsthese betonen im Gegensatz dazu die strategischen – sowie die hier nicht behandelten kontextuellen – Determinanten von Protestverhalten und weisen Aspekte wie Frustration und Unzufriedenheit als erklärende Faktoren weitgehend zurück.<sup>38</sup> Bereits die klassische *Political Action* Studie zeigte nur äußerst schwache Zusammenhänge zwischen dem Ausmaß der persönlichen Unzufriedenheit und der Stärke des Protestpotentials der Mitte der 1970er Jahre befragten Personen auf.<sup>39</sup> Sogar der Eindruck einer mangelnden Responsivität der Regierenden erwies sich damals nicht als bestimmender Faktor.<sup>40</sup> Auch in der Nachfolgestudie – die jedoch nur drei der ursprünglich fünf untersuchten Länder umfasste – wurde der Zusammenhang zwischen Frustration und Protestorientierung zurückgewiesen.<sup>41</sup> Trifft die Normalisierungsthese zu, sollte sich das Ausmaß an Unzufriedenheit zwischen den beiden verglichenen Personengruppen,

36 Vgl. Gurr, Ted Robert: *Why Men Rebel*, Princeton 1970.

37 van Stekelenburg/Klandermand 2013, S. 889.

38 Vgl. Norris, Pippa/Inglehart, Ronald: *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge 2019.

39 Vgl. Barnes, Samuel H./Farah, Barbara G./Heunks, Felix: *Personal Dissatisfaction*, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979, S. 381–407, 404.

40 Vgl. Farah, Barbara G./Barnes, Samuel H./Heunks, Felix: *Political Dissatisfaction*, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): *Political Action. Mass Participation in five Western Democracies*, Beverly Hills 1979, S. 409–447.

41 Vgl. Thomassen, Jacques J. A.: *Economic Crisis, Dissatisfaction, and Protest*, in: Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W. (Hg.): *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin 1989, S. 103–134, hier S. 120.

den Protestierenden und den Nicht-Protestierenden, auch in der Gegenwart nicht unterscheiden (Hypothese 3).

### 3 Drei Formen von Protestverhalten: Petition, Demonstration und Boykott

Die bisherigen Überlegungen bezogen sich generell auf die Teilnahme an politischen Protesten. Ein näherer Blick auf die Vielfalt der in der Protestarena sichtbaren Aktionsformen zeigt jedoch große Unterschiede etwa in Bezug auf die „Härte“ der Protestform, die von „weichen“ Repertoires wie Unterschriftensammlungen (Petitionen) und Mahnwachen bis zu Straßenblockaden und Hausbesetzungen reichen kann. Manche Protestformen sind auch mit einem persönlichen Risiko verbunden, sei es aufgrund möglicher staatlicher Repressionen oder der Bedrohung durch politische Gegner:innen.<sup>42</sup> Dazu kommt noch die schwierige Frage nach der Legalität von Protesten, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung meist nicht berücksichtigt wird, da die Legalität einer Aktionsform – auch innerhalb eines Landes – vom spezifischen Kontext abhängen kann: So sind etwa Demonstrationen in der Nähe des tagenden Nationalrats verboten, ebenso verbale Proteste beziehungsweise das Streuen von Flugblättern innerhalb des Sitzungssaals. Genuin illegale und gewalttätige Aktionsformen werden in der zeitgenössischen Partizipationsforschung, auch aufgrund der damit verbundenen Probleme bei der Sammlung von Daten mit der Befragungsmethode, nur selten erfasst. Darüber hinaus bestehen auch konzeptionell begründete Abgrenzungen, da die Forschung etwa die Rationalität von politischem Protest betont, wogegen etwa Randalen in erster Linie von Spontanität, Emotionalität und Destruktivität charakterisiert sind.<sup>43</sup> Eine andere Möglichkeit der Differenzierung erfolgt über den individuellen vs. kollektiven Charakter der Protestform. Und schließlich kann zwischen Off- und Onlineprotesten unterschieden werden, wobei Letztere in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen haben.<sup>44</sup> Die nachfolgenden Analysen behandeln drei Formen von Protesten: Petitionen, Demonstrationen und Boykotte. Somit werden moderate und weniger moderate sowie individuelle und kollektive Aktionsformen erfasst.

42 Vgl. McAdam, Doug: Recruitment to High-Risk Activism. The Case of Freedom Summer, in: *American Journal of Sociology* 92/1 (1986), S. 64–90.

43 Waddington, David: Riots, in: della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford 2015, S. 423–438, hier S. 423)

44 Vgl. Oser, Jennifer/Hooghe, Marc/Mariën, Sofie: Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and their Stratification, in: *Political Research Quarterly* 66/1 (2013), S. 91–101.



Die Unterstützung einer Petition beziehungsweise Unterschriftensammlung ist eine besonders „weiche“ Form von politischem Protest. Während sie in den meisten Studien zu Protestverhalten aufgenommen wird, gibt es auch Stimmen, die diese Form als zu konventionell einstufen.<sup>45</sup> In der Praxis der Forschung bestehen zudem mehrere, meist nicht genannte definitorische Probleme, da etwa zwischen informellen Unterschriftensammlungen und institutionalisierten Verfahren der Bürger:innenbeteiligung bei Parlamenten<sup>46</sup> unterschieden werden kann. Die in der Umfrageforschung gebrauchte Fragestellung leistet diese Differenzierung nicht. Dazu kommt in Österreich das spezifische Problem der Volksbegehren: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Befragte auch diese staatlich organisierte und daher institutionalisierte Form der Partizipation aufgrund ihres spezifischen Charakters einer Unterschriftensammlung zuordnen. Während klassische Petitionen mit ausgedruckten Listen auf Papier erfolgen, haben elektronische Formen in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Über Webseiten wie change.org organisierte Online-Unterschriftensammlungen haben die Organisation dieser Protestform stark erleichtert, führen aber andererseits – so die Kritik – zu einem besonders kurzfristigen und auch anonymen Aktivismus („slacktivism“), weniger zu einem längerfristigen und tiefgehenden politischen Engagement, das auch von sozialer Interaktion getragen wird.<sup>47</sup>

In starkem Kontrast dazu steht die Beteiligung bei Demonstrationen, die zumindest in westlichen Gesellschaften als „prototypische Protestaktivität“ gilt.<sup>48</sup> Hierbei handelt es sich um eine genuin kollektive Protestform, die gleichzeitig ein öffentlich sichtbares Eintreten für ein Anliegen erfordert. Je nach politischem Kontext ist ein Aufeinandertreffen mit der Polizei, aber auch mit Gegendemonstrant:innen möglich. Bei der traditionellen Umfrageforschung wie dem ESS steht die Forschung vor dem Problem, dass sie – wie auch bei den beiden anderen hier untersuchten Protestformen – nur die Aktionsform, aber nicht den spezifischen Kontext erfassen kann. Seit der Jahrtausendwende wird daher zunehmend versucht, mithilfe von *Protest Surveys*<sup>49</sup>, das heißt mit systematischen Befragungen von Protestteilnehmer:innen vor Ort, mehr über die

45 Vgl. Giugni, Marco/Grasso, Maria: Protest Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 396–416, hier S. 398.

46 Vgl. Rosenberger, Sieglinde/Stadlmair, Jeremias: Petitionen und Parlamentarische Bürgerinitiativen – Zivilgesellschaft im Parlament? In: Drimmel, Nikolaus/Stelzer-Orthofer, Christina (Hg.): TransForm. Journal für zivilgesellschaftliche Innovation. Heft 1: Demokratie, Berlin 2016, 68–88.

47 Vgl. Earl, Jennifer/Kenski, Kate: Online Political Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 435–450.

48 Vgl. van Stekelenburg, Jacquélien/Klendermans, Bert/Walgrave, Stefaan: Individual Participation in Street Demonstrations, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter/McCammon, Holly J. (Hg.): The Wiley Blackwell Companion to Social Movements. Second Edition, Oxford 2019, S. 369–391, hier S. 371.

49 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001.

Protestierenden zu erfahren. Solche Befragungen zeigen große Unterschiede zwischen einzelnen Demonstrationen,<sup>50</sup> die mit der klassischen Umfrageforschung nicht erfasst werden können.

Wiederum stark individualistisch geprägt ist die dritte Aktionsform, der politische Konsum, das heißt politisch motiviertes Kaufverhalten.<sup>51</sup> Politischer Konsum ist kein neues Phänomen, hat aber, auch als Folge eines generellen Trends zu einer Individualisierung von politischer Partizipation,<sup>52</sup> in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Inwieweit dieses „individualisierte kollektive Verhalten“<sup>53</sup> als Form von Protest einzuordnen oder von diesem zu trennen ist, bleibt umstritten. Generell stellt sich auch die Frage nach dem politischen Charakter dieser alltäglichen Handlung, da „aus dem ‚normalen‘, d. h. nichtpolitisch motivierten Konsumenten insofern ein politischer Konsument [wird], wenn die betreffende Person ebendiese Motivation gegenüber anderen Konsumenten und/oder Produzenten bekundet“.<sup>54</sup> Dieser notwendige kommunikative Schritt ist über die klassische Umfrageforschung nur schwer zu erfassen und wird in den allermeisten Fällen in der Praxis auch nicht erfolgen. Politischer Konsum ist somit eine äußerst niederschwellige Aktionsform. Trotz dieser Probleme hat sich in der Literatur die Einordnung als – wenngleich spezifische – Protestform weitgehend durchgesetzt.<sup>55</sup> Dabei wird auch zwischen der klassischen, negativen Form von politischem Konsum (Boycott) und einer positiven Form, *Buykott* oder auch „ethischer Konsum“, unterschieden.

Aufgrund der unterschiedlichen Charakteristika der drei Protestformen sollten die drei Dimensionen der Normalisierungsthese unterschiedlich stark zutreffen. Generell ist zu erwarten, dass vor allem die ideologischen und psychologischen Aspekte der These eher zu moderaten als zu harten Protestformen passen, das heißt stärker bei den Teilnehmer:innen an Petitionen und Boykotten sichtbar werden als bei Teilnehmer:innen an Demonstrationen. Letztere sollten das klarste Profil aufweisen und sich immer noch von der restlichen Bevölkerung unterscheiden, nicht zuletzt in ideologischer Hinsicht (Hypothese 4).

50 Vgl. Norris/Walgrave/van Aelst 2005.

51 Vgl. Lorenzini/Forno 2022.

52 Vgl. Giugni/Grasso 2022, S. 409.

53 Vgl. Micheletti, Michele: *Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action*, New York 2003.

54 van Deth, Jan/Zorell, Carolin: Politischer Protest und Konsum, in: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden 2020, S. 393–412, hier S. 396.

55 Vgl. Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc/Micheletti, Michele: *Politics in the Supermarket. Political Consumerism as a Form of Political Participation*, in: *International Political Science Review* 26/3 (2005), S. 245–269.

## 4 Daten

Der European Social Survey (ESS) eignet sich sehr gut für eine Untersuchung der möglichen Normalisierung von Teilnehmer:innen an Protesten. Er enthält (nahezu) alle für die Operationalisierung der besprochenen Erklärungsfaktoren relevanten Variablen und kann auch zwischen den zuletzt diskutierten drei Protestformen differenzieren. Ferner ermöglicht der ESS Vergleiche sowohl zwischen Ländern als auch über Zeit. Der Fokus des vorliegenden Beitrags richtet sich allein auf Österreich, doch wird neben einer detaillierten Analyse der aktuellen Situation, die auf den Ergebnissen der neunten Welle des ESS beruht (Feldzeit in Österreich: 2018/2019), auch ein Blick auf die Entwicklung seit der Jahrtausendwende geworfen, wofür die Ergebnisse der Wellen 1 (2003) bis 9 herangezogen werden.

Für die abhängigen Variablen werden die in Abschnitt 3 diskutierten Formen von Protestverhalten genutzt, die auch in allen ESS-Wellen abgefragt wurden. Nach einem einleitenden Statement – *Es gibt verschiedene Wege, die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt?* – wird gefragt, ob sich der beziehungsweise die Befragte an einer Unterschriftensammlung beteiligt (ESS Variable: *sgnptit*), an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen (*pbldmn*) oder bestimmte Produkte boykottiert hat (*bctprd*). Da, abgesehen von der ersten Welle (*bghtprd*), kein Item für die positive Form des politischen Konsums (*Buykott*) vorhanden ist, kann nur der klassische Boykott erfasst werden. Zusätzlich wird auch die Information verwendet, ob die Befragten an der jüngsten Nationalratswahl teilgenommen haben (*vote*). Da die Wahlbeteiligung bei den drei Protestformen als unabhängige Variable einbezogen wird, werden Personen ohne Wahlrecht (d. h. v. a. ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft) in den nachfolgenden Analysen nicht berücksichtigt. Auf Basis der Antworten bei der Variable *vote* fallen in der neunten Welle 5,8 Prozent der Befragten unter diese Gruppe.

Die unabhängigen, erklärenden Variablen beziehen sich auf die in Abschnitt 3 diskutierten drei Dimensionen der Normalisierungsthese: Soziodemografie, Ideologie und Psychologie.

Drei zentrale soziodemografische Merkmale der Befragten sind ihr Alter (*agea*), ihr Geschlecht (*gndr*) und ihre Bildung (*eiscad*). Das Alter der Befragten wurde in mehrere Kategorien rekodiert (15–29, 30–39, 40–49, 50–59, 60–69, 70+), um nicht-lineare Zusammenhänge leichter erfassen zu können. Eine Konzentration der ersten Altersgruppe auf Teenager war aufgrund der geringen Fallzahl (N=68) nicht möglich. Die gewählte Einteilung folgt allein pragmatischen Überlegungen, da in der Literatur kein gemeinsames Verständnis von Altersgruppen beziehungsweise einer exakten Grenz-

ziehung zwischen politischen Generationen besteht.<sup>56</sup> Die Bildungsvariable bezieht sich auf den formal höchsten erreichten Abschluss und klassifiziert die Befragten in vier Gruppen: primär (Pflichtschulabschluss), sekundär I (z. B. Lehre), sekundär II (z. B. AHS-Matura) und tertiär (universitärer Abschluss). Details zu den Zuordnungen der Bildungsabschlüsse enthalten die Angaben bei Tabelle 1.

Probleme treten bei der Einschätzung des sozioökonomischen Status (SES) der Befragten auf – abgesehen vom damit verbundenen formalen Bildungsniveau. Die für die Bestimmung des SES ebenso relevanten Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen (*hinctnta*) weisen einen hohen Anteil fehlender Antworten auf (17,7 %), doch liegt Österreich mit diesem Wert nur im Mittelfeld der 29 in der neunten ESS-Welle erfassten Länder (Ländermittel: 18,7 %). Europaweit schwanken die Anteile fehlender Antworten bei dieser Variable zwischen 2,5 (Estland) und nicht weniger als 44,4 Prozent (Italien). Ein Vergleich der Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen mit einer Frage nach der persönlichen Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten (*hincfel*) deutet darauf hin, dass es in Österreich eher einkommensstärkere Befragte waren, die bei der Einkommensfrage keine gültige Antwort gaben. Als weiteres soziodemografisches Merkmal wird angesichts der gewachsenen ethnischen Diversität der österreichischen Gesellschaft der vom Geburtsland der Eltern (*facntr*, *mocntr*) abhängige Migrationshintergrund der Befragten erfasst. Laut Statistik Austria, die hier einer Empfehlung der UNO folgt (vgl. UNECE 2015, 136), liegt ein Migrationshintergrund dann vor, wenn beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Schließlich wird noch der Wohnort der Befragten in die Analyse einbezogen (*domicil*), wobei zwischen Dorf, Kleinstadt und Großstadt unterschieden wird (siehe Tabelle 1).

Für den Bereich der ideologischen Normalisierung wird die Links-Rechts-Position der Befragten (*lrscale*) verwendet. Diese Selbsteinschätzung auf einer von 0–10 reichenden Skala wurde in Anlehnung an ähnliche Publikationen<sup>57</sup> in fünf Kategorien rekodiert, um, ähnlich wie bei den Altersgruppen, einen möglichen nicht-linearen Zusammenhang besser erfassen zu können. Die mittlere Kategorie der Originalskala (5) wurde nicht verändert, da sich dort 40,2 Prozent der Befragten verorten (vgl. Tabelle 1). Zusätzlich wurde, analog zur Vorgehensweise von Norris und Inglehart<sup>58</sup>, mit zehn der im ESS enthaltenen Items des von Schwartz<sup>59</sup> für die Messung menschlicher Werte entwickelten *Portrait Values Questionnaire* eine Libertär-Autoritär-Skala gebildet. Im Ge-

56 Vgl. Grasso, Maria T.: Age, Period and Cohort Analysis in a Comparative Context. Political Generations and Political Participation Repertoires in Western Europe, in: *Electoral Studies* 33/1 (2014), S. 63–76, hier S. 66; Melo/Stockemer 2014, S. 43–44.

57 Vgl. Borbáth/Gessler 2020; Torcal/Rodon/José Hierro 2016.

58 Norris/Inglehart 2019.

59 Schwartz, Shalom H.: Value Orientations. Measurement, Antecedents and Consequences Across Nations,

gensatz zur Operationalisierung bei Norris und Inglehart wurden die Summenscores der fünf von ihnen als libertär bezeichneten Items (*impdiff*, *ipadvnt*, *ipctiv*, *impfree*, *ipudrst*) von den Summenscores der fünf autoritären Items (*impsafe*, *ipfrule*, *ipbhprp*, *ipstrgv*, *imprad*) subtrahiert, um eine eindimensionale und in einem weiteren Schritt auf den Wertebereich von 0–10 transformierte Skala zu erhalten. Eine Korrelation der beiden Skalen, das heißt der ursprünglichen Links-Rechts-Skala mit der neu gebildeten Libertär-Autoritär-Skala, zeigt den erwarteten positiven Zusammenhang, doch fällt dessen Stärke mit 0,2 (Pearson) nur gering aus. Dies ermöglicht eine gleichzeitige Einbeziehung in das Regressionsmodell.

Der dritte, der psychologische Aspekt der Normalisierungsthese bezieht sich auf die klassische Interpretation der Teilnahme an Protestereignissen als Ausdruck von Unzufriedenheit. Auf rekodierten, konkret umgedrehten Skalen von 0–10 wird das Ausmaß der Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Österreich (*stfdem*), mit der Bundesregierung (*stfgov*) und mit dem eigenen Leben (*stflife*) erfasst.

Neben dem Grad des politischen Interesses (*polintr*), der im ESS mit einer vierstufigen Skala abgefragt wird, wird zuletzt noch die Beziehung der Befragten zu zwei potentiell mobilisierenden Akteurinnen als Kontrollvariable in das Modell aufgenommen. Anstelle der Mitgliedschaft in Parteien, die im ESS seit der sechsten Welle leider nicht mehr erhoben wird, wird ein Maß für die Parteiidentifikation verwendet (*clsprty*). Ferner wird die (aktuelle) Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft inkludiert (*mbtru*). Bei den drei Protestformen wird schließlich noch die Beteiligung bei der Nationalratswahl (*vote*) in die logistischen Regressionen aufgenommen. Dies soll zeigen, wie stark die Protestierenden auch in institutionalisierte Formen der Partizipation eingebunden sind.

## 5 Analyse

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in drei Schritten: Zunächst wird das Ausmaß der Beteiligung an den drei Protestformen seit der Jahrtausendwende gezeigt, danach der Einfluss der Faktoren Bildungsgrad (soziodemografische Normalisierung), Links-Rechts-Position (ideologische Normalisierung) und Unzufriedenheit (psychologische Normalisierung) im Zeitverlauf. Nach diesen uni- und bivariaten Darstellungen folgt abschließend eine multivariate logistische Regression, die den aktuellen Einfluss der Faktoren auf das Protestverhalten zeigt.

---

in: Jowell, Roger/Roberts, Caroline/Fitzgerald, Rory/Eva, Gillian (Hg.): *Measuring Attitudes Cross-Nationally. Lessons from the European Social Survey*, Los Angeles 2007, S. 169–203.

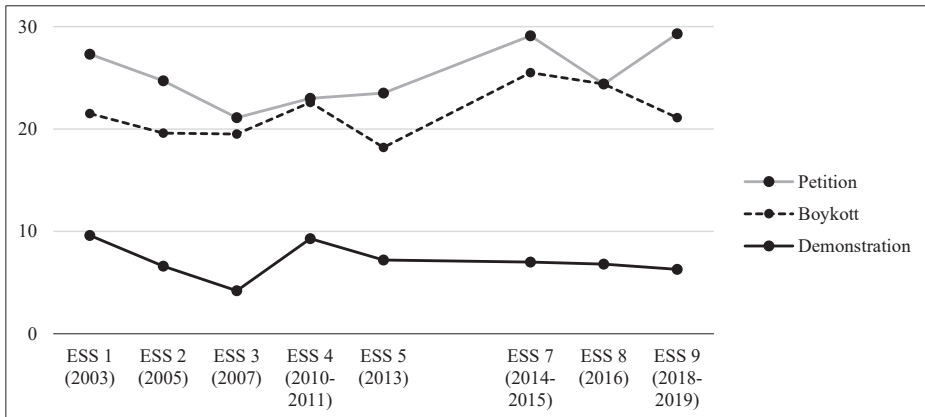


Abbildung 1 : Drei Protestformen: Ausmaß der Beteiligung seit der Jahrtausendwende (Prozentwerte)  
 Anmerkungen: ESS, Wellen 1–9 (ohne Welle 6, an der Österreich nicht teilnahm). Die Daten sind gewichtet (dweight). Variablen: Petition (sgnptit), Demonstration (pblmdn), Boykott (bctprd). Die Daten zeigen den Prozentanteil der Befragten, die angaben, in den vergangenen zwölf Monaten aktiv gewesen zu sein. Die in Klammer angeführten Jahre beziehen sich auf die Feldzeit der Befragung.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Beteiligung an Protesten seit der Jahrtausendwende auf Basis aller acht ESS-Wellen, für die Daten zu Österreich vorliegen. Das jährliche Ausmaß der Partizipation bei den drei Protestformen ergibt ein leichtes Auf und Ab, insgesamt zeigt sich jedoch eine recht stabile Entwicklung und auch die Reihenfolge der drei Aktionsformen bleibt über den Zeitraum von knapp 20 Jahren stabil: Bis zu 30 Prozent der Österreicher:innen geben an, in den zurückliegenden zwölf Monaten eine Petition unterzeichnet zu haben, rund 20 Prozent haben ein Produkt boykottiert, zwischen fünf und zehn Prozent an einer Demonstration teilgenommen. Die Beteiligung an politischen Protesten ist somit immer noch die Ausnahme, nicht die Regel. Bei Nationalratswahlen nehmen im Gegensatz dazu – auch auf Basis der hier vorhandenen offiziellen Werte – große Mehrheiten der Österreicher:innen teil: Zuletzt, 2019, waren es 75,6 Prozent.<sup>60</sup>

Größere Veränderungen in Richtung einer „Bewegungsgesellschaft“ zeigen hingegen Analysen über längere Zeiträume, die bis in die 1970er Jahre zurückgehen, aber auf einem anderen Frageformat beruhen und daher nicht mit den ESS-Daten kombiniert werden können: Von 1974 bis 2018 wuchs der Anteil der Personen, die *jemals* – nicht nur in den vergangenen zwölf Monaten – eine Petition unterzeichnet haben von 38,7

60 Bundeswahlbehörde: Nationalratswahl vom 29. September 2019. Verlautbarung der Bundeswahlbehörde (2019). Online: [https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2019/files/Verlautbarung\\_endgueltiges\\_Ergebnis.pdf](https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/files/Verlautbarung_endgueltiges_Ergebnis.pdf) (zuletzt abgerufen: 28.03.2023).

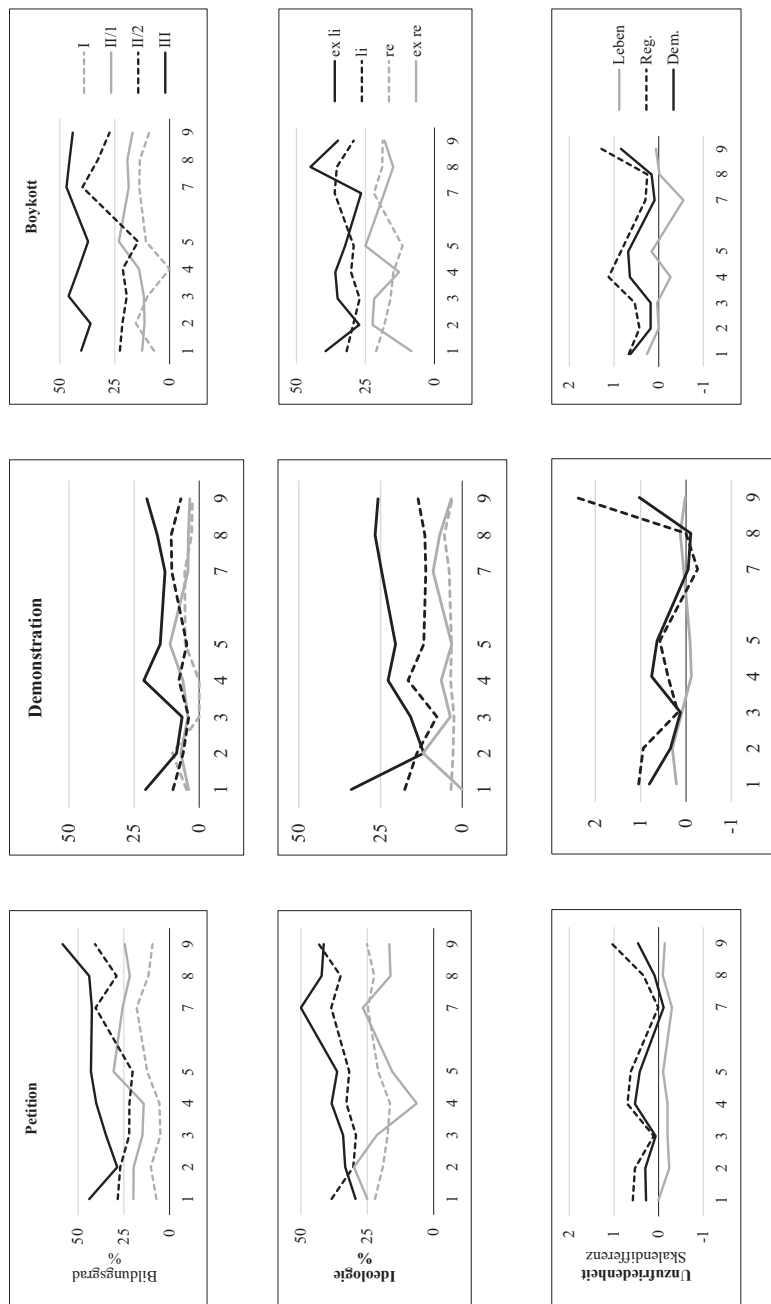


Abbildung 2: Drei Protestformen: Ausmaß der Beteiligung nach Bildungsgrad, Ideologie und Unzufriedenheit (ESS-Wellen 1–9). Anmerkungen: ESS, Wellen 1–9 (ohne Welle 6, an der Österreich nicht teilnahm). Die Daten sind gewichtet (dweight). Die vertikalen Skalen zeigen die prozentuale Beteiligung der Bildungs- bzw. ideologischen Gruppen sowie die Differenz beim Ausmaß der Unzufriedenheit, wobei positive Werte eine größere Unzufriedenheit der Teilnehmer:innen belegen. Abkürzungen: ex li (extrem links), li (links), re (rechts), ex re (extrem rechts), Reg. (Regierung), Dem. (Demokratie).

auf 57 Prozent. Bei den Demonstrationen stiegen die Werte von 7,1 auf 19,3 Prozent, bei Boykotten sogar von 2,8 auf 15,7 Prozent.<sup>61</sup> Wie groß sind die in Abbildung 1 gezeigten Partizipationsraten seit der Jahrtausendwende im europäischen Vergleich? Die traditionelle Sichtweise betont die Existenz von sehr niedrigen „unkonventionellen“ Partizipationsraten in Österreich.<sup>62</sup> Die ESS-Daten bestätigen dies nicht: Vergleicht man jene 26 europäischen Länder, die an zumindest fünf der neun ESS-Wellen beteiligt waren, nimmt Österreich in diesem um Ausreißer bei einzelnen Wellen bereinigten Vergleich einen Platz im oberen Mittelfeld ein. Bei Unterschriftensammlungen den elften Platz, bei Demonstrationen und Boykotten den neunten.

Hinter der in Abbildung 1 sichtbaren relativ großen Stabilität bei der generellen Protestpartizipation seit der Jahrtausendwende könnten sich relevante Verschiebungen zwischen aktiven und nicht-aktiven Personengruppen verbergen. Abbildung 2 zeigt das Ausmaß der Partizipation bei den einzelnen Protestformen im Zusammenhang mit den drei Aspekten der Normalisierung: Für den soziodemografischen Aspekt werden vier Bildungsgruppen gezeigt, für den ideologischen Aspekt vier Gruppen auf Basis ihrer Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala. Hierbei wurden Personen, die sich in der Mitte der Skala verorten, aus Gründen der besseren Lesbarkeit weggelassen. Generell sind die Partizipationsraten dieser Gruppe recht nahe bei jener der Befragten mit einer gemäßigten rechten Ideologie. Schließlich sind auch Werte für das Ausmaß der persönlichen sowie der politischen Unzufriedenheit angeführt – den Indikatoren der psychologischen Normalisierung: Hierfür wird die Skalendifferenz beim Ausmaß der Unzufriedenheit zwischen Protestierenden und Nicht-Protestierenden gezeigt. Ein positiver Wert bedeutet, dass die Protestierenden im Mittel mehr Unzufriedenheit auf der von 0–10 reichendenden Skala ausgedrückt haben.

Die drei in der oberen Zeile angeordneten Liniendiagramme offenbaren einen immer noch bestehenden starken Einfluss des Bildungsgrades. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zeigt sich ein klares Bild: Je höher die formale Bildung der Befragten ist, desto stärker nutzen sie die drei Aktionsformen für ihre Anliegen. Vor allem bei den Befragten, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen (Kategorie: I), ist der Anteil der in der Protestarena aktiven Personen nur sehr gering. Auch bei den in der mittleren Zeile gezeigten Abbildungen gibt es ein recht deutliches und über den Zeitverlauf von knapp 20 Jahren stabiles Bild: In den allermeisten Fällen sind es Personen mit einer extrem linken politischen Orientierung, die verstärkt an Protesten teilnehmen, und im Normalfall steht die Gruppe der Personen mit einer moderaten linken Orientierung an zweiter Stelle. Eine ideologische Normalisierung belegen diese

61 Vgl. Dolezal 2019.

62 Vgl. z. B. Plasser/Seeber 2017.



Daten daher nicht. Minimale Unterschiede zeigen sich im Gegensatz dazu beim Ausmaß der Unzufriedenheit, den drei in der unteren Zeile angeordneten Abbildungen: Der persönliche Aspekt, das heißt das Ausmaß an Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, spielt keine relevante Rolle. Die Unterschiede zwischen Protestierenden und Nicht-Protestierenden sind äußerst klein. Aber auch bei den politischen Aspekten der Unzufriedenheit zeigen sich bei den meisten Befragungswellen keine relevanten Unterschiede. Allein zuletzt (Welle 9) waren die Teilnehmer:innen an Demonstrationen deutlich, um knapp 2,5 Skalenpunkte auf der von 0–10 reichenden Skala unzufriedener mit der Bundesregierung als die übrigen Befragten.

Zeigen sich die in Abbildung 2 sichtbaren Tendenzen auch im multivariaten Modell, das für andere Einflussfaktoren kontrolliert? Tabelle 1 präsentiert den Einfluss individueller Merkmale auf die Beteiligung bei den drei Protestformen; zusätzlich ist die Teilnahme bei Wahlen als Vergleichspunkt (und als unabhängige Variable bei den drei Protestformen) angeführt. Generell gibt es eine starke Überlappung der Partizipationsformen, weshalb eine Konzentration auf Personen, die nur zur Wahl gehen oder etwa nur Petitionen unterzeichnen, nicht zielführend ist. Etwas mehr als die Hälfte der Wähler:innen (56,7 %) gibt an, nur gewählt zu haben. Bei den Protestteilnehmer:innen ist der Anteil der Nichtwähler:innen mit fünf Prozent (Petition), sechs Prozent (Demonstration) und 8,2 Prozent (Boycott) sehr klein.

Tabelle 1 : Soziodemografische Merkmale und Einstellungen von Wähler:innen und Protestierenden in Österreich, 2018/2019 (logistische Regressionen)

	Wahl			Petition			Demonstration			Boycott		
	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.
Altersgruppen												
bis 29 Jahre	-0,42	0,34		-0,07	0,22		0,89	0,37	*	0,48	0,23	*
30–39 Jahre	-0,27	0,36		0,01	0,21		0,67	0,38		0,27	0,23	
40–49 Jahre	0,04	0,33		0,39	0,19	*	0,28	0,37		0,05	0,21	
50–59 Jahre (Referenzkategorie)	–	–		–	–		–	–		–	–	
60–69 Jahre	0,32	0,40		-0,08	0,20		0,42	0,37		0,13	0,22	
70+ Jahre	0,10	0,42		-0,25	0,21		-0,48	0,43		-0,24	0,23	
Frauen [0/1]	0,18	0,22		0,35	0,13	**	0,17	0,24		0,79	0,14	***
Bildungsstufen												
primär (Referenzkategorie)	–	–		–	–		–	–		–	–	

	Wahl			Petition			Demonstration			Boycott		
	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.
sekundär I	0,47	0,29		0,75	0,24	**	0,31	0,50		0,48	0,25	
sekundär II	0,34	0,35		1,22	0,26	***	0,75	0,53		0,79	0,28	**
tertiär	0,85	0,46		1,50	0,28	***	1,14	0,53	*	1,04	0,30	***
Haushaltsnettoeinkommen [Dezile]	0,12	0,04	**	0,07	0,03	*	-0,05	0,05		0,05	0,03	
Migrationshintergrund [0/1]	-2,10	0,29	***	-0,67	0,25	**	0,30	0,40		-0,26	0,25	
Wohnort												
Dorf (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
Kleinstadt	-0,43	0,27		0,06	0,15		-0,30	0,34		0,04	0,17	
Großstadt	-0,59	0,27	*	0,31	0,15	*	0,54	0,27	*	0,27	0,16	
Links-Rechts-Position [0–10]												
extrem links [0–1]	0,47	0,45		0,45	0,28		1,77	0,42	***	0,40	0,29	
links [2–4]	0,76	0,29	*	0,27	0,16		1,21	0,34	***	-0,12	0,17	
Mitte [5] (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
rechts [6–8]	-0,13	0,27		-0,13	0,16		0,41	0,42		-0,06	0,18	
extrem rechts [9–10]	-2,07	0,52	***	-0,02	0,42		0,93	0,80		0,26	0,42	
Libertär-Autoritär [0–10]	0,24	0,09	*	-0,20	0,05	***	-0,26	0,09	**	-0,20	0,06	***
Unzufriedenheit: Zustand der Demokratie [0–10]	-0,07	0,06		0,00	0,03		-0,05	0,05		0,06	0,04	
Unzufriedenheit: Bundesregierung [0–10]	-0,02	0,06		0,09	0,03	**	0,16	0,05	**	0,05	0,03	
Unzufriedenheit: eigenes Leben [0–10]	-0,12	0,05	*	-0,05	0,04		-0,02	0,06		0,03	0,04	
Politisches Interesse												
überhaupt nicht (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
kaum	1,52	0,26	***	0,78	0,31	*	0,42	0,71		0,55	0,32	
ziemlich	2,93	0,34	***	1,13	0,31	***	1,04	0,70		1,02	0,33	**
sehr	3,08	0,49	***	1,43	0,33	***	1,78	0,71	*	1,73	0,35	***
Nähe zu bestimmter Partei [0/1]	1,50	0,24	***	0,11	0,13		0,82	0,28	**	0,13	0,15	
Gewerkschaftsmitglied [0/1]	0,11	0,26		0,12	0,14		0,49	0,24	*	-0,11	0,15	

	Wahl			Petition			Demonstration			Boycott		
	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.
Teilnahme Nationalratswahl [0/1]	—	—		0,62	0,27	*	-0,21	0,50		0,13	0,27	
Pseudo R <sup>2</sup> (Nagelkerke)	0,46			0,26			0,38			0,21		
% vorhergesagt	91,5			72,5			93,8			79,0		
(N)	(1674)			(1669)			(1669)			(1664)		

Anmerkungen: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . ESS, Welle 9. Die Daten sind gewichtet (dweight). Nicht erfasst sind Personen, dieangaben, bei der letzten Nationalratswahl nicht wahlberechtigt gewesen zu sein. Variablen und Angaben zu Rekodierungen (weitere Erklärungen im Haupttext, Abschnitt 4): Wahl (vote), Petition (sgnptit), Demonstration (pbldmn), Boycott (bctprd), Altersgruppen (agea), Frauen (gndr), Bildung (eiscsd; primär: Kategorien 1 und 2; sekundär I: 3; sekundär II: 4 und 5; tertiär: 6 und 7), Haushaltsnettoeinkommen (hincnta), Migrationshintergrund (facntr, mocntr), Wohnort (domicil; Dorf: 4, 5; Kleinstadt: 3; Großstadt: 1, 2), Links-Rechts-Position (Irscale; Skala und Rekodierung siehe Tabelle), Libertär-Autoritär (impdiff, ipadvnt, iptvrt, impfree, ipudrst, impsafe, ipfrule, ipbhprp, ipstrgv, imprad; Skalenbildung siehe Haupttext), Unzufriedenheit mit Demokratie in Österreich (stfdem; Skala von 0–10 mit Richtungswechsel), Unzufriedenheit mit Bundesregierung (stfgov; Skala von 0–10 mit Richtungswechsel), Unzufriedenheit mit eigenem Leben (stflife; Skala von 0–10 mit Richtungswechsel), politisches Interesse (polintr), Nähe zu bestimmter Partei (clsprty), Gewerkschaftsmitglied (mbtru).

Die multivariate Analyse der Einflussfaktoren beginnt mit einer Überraschung: Bei der Wahlbeteiligung, die als Referenz für die Analyse der Protestpartizipation dient, zeigen die Daten der neunten ESS-Welle keinen signifikanten Einfluss der Faktoren Alter, Geschlecht und Bildung. Das in vielen Ländern beobachtete Phänomen der ungleichen Beteiligung bei der zentralen institutionalisierten Partizipationsform ist in Österreich somit nicht erkennbar, zumindest erreicht es keine signifikanten Werte.

Anders verhält es sich bei den drei Protestformen, da – abgesehen von den Petitionen – jüngere Personen tatsächlich stärker involviert sind.<sup>63</sup> Auffällig ist auch der Vergleich von Männern und Frauen, da Letztere sich deutlich stärker bei Petitionen und vor allem Boykotten beteiligen. Eine Umrechnung der dargestellten Koeffizienten in die Wahrscheinlichkeit, die Aktivität auszuüben, zeigt bei Frauen eine doppelt so große Chance für politischen Konsum als für Männer.<sup>64</sup> Ein deutliches Bild ergibt sich auch beim Faktor Bildung: Während höhere Bildungsgruppen sich nur tendenziell, das heißt unterhalb der statistischen Signifikanzschwelle, verstärkt an Wahlen beteiligen, ist ihre Partizipationsrate – vor allem bei den Personen mit universitärer Bildung – bei allen drei Protestformen stark ausgeprägt. Dies entspricht der Einschätzung, dass ungleiche Formen der Beteiligung vor allem bei „elite-challenging acts“, die mehr

63 Vgl. Melo/Stockemer 2014.

64 Vgl. van Deth/Zorell 2020, S. 401.

politisches Wissen benötigen, schlagend werden.<sup>65</sup> Auch Marien et al.<sup>66</sup> stufen gerade Bildung als zentrale Determinante für die Ungleichheit bei der Protestpartizipation ein. Weniger eindeutig sind die Ergebnisse in Bezug auf den sozioökonomischen Hintergrund: Positive Einflüsse des Haushaltsnettoeinkommens zeigen sich bei der Wahlbeteiligung sowie bei Petitionen, nicht aber bei Demonstrationen und Boykotten.

Auffällig ist ferner der Einfluss des Migrationshintergrundes: Personen aus dieser Gruppe beteiligen sich deutlich geringer bei Wahlen sowie etwas geringer bei Petitionen. Bei den beiden anderen Protestformen gibt es keinen signifikanten Unterschied. Wenngleich die Unterschiede relativ gering sind, zeigen sich auch Differenzen in Bezug auf den Stadt-Land-Gegensatz: Während sich Einwohner:innen von Großstädten weniger stark bei Wahlen beteiligen, sind sie signifikant stärker als die ländliche Bevölkerung bei Petitionen und Demonstrationen engagiert.

Diese zum Teil widersprüchlichen Ergebnisse machen es nicht leicht, das Ausmaß der soziodemografischen Normalisierung einzuordnen. Die Daten zeigen – verglichen mit älteren Forschungsergebnissen – sowohl große Veränderungen als auch Stabilität: Während etwa die früher niedrigeren Partizipationsraten von Frauen verschwunden sind oder sich gar in ihr Gegenteil verkehrt haben, ist der Faktor Bildung immer noch entscheidend.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich auch bei der ideologischen Dimension der Normalisierung. Libertäre vs. autoritäre Werthaltungen beeinflussen die Teilnahme an allen gezeigten Partizipationsformen, wobei sich bei Wahlen Personen mit (tendenziell) autoritären Werten eher beteiligen, bei den drei Protestformen eher Personen mit (tendenziell) libertären Werten. Aufgrund der generellen Debatte in der Literatur liegt der Fokus der Analyse jedoch auf den Links-Rechts-Einstellungen der Befragten: Hierbei fällt auf, dass sich Personen mit extrem rechten Einstellungen bei Wahlen deutlich weniger beteiligen – und das trotz der hier untersuchten Beteiligung bei der Nationalratswahl 2017, als sich die FPÖ auf dem Gipfel einer jahrelangen Wachstumsperiode befand und somit ein attraktives Angebot darstellte. Die erwartete stärkere Protestbeteiligung von Personen mit linker Ideologie zeigt sich allein bei den Demonstrationen – aber dort besonders stark. Bei Petitionen und Boykotten ist es im Gegensatz dazu tatsächlich zu einer ideologischen Normalisierung gekommen, zumindest in Bezug auf den Links-Rechts-Konflikt. Verglichen mit der Referenzkategorie, der ideologischen Mitte, gibt es keine signifikanten Abweichungen.

Bei der dritten Dimension der Normalisierung, den psychologischen Faktoren, sind die Ergebnisse leichter zu interpretieren. Während Wähler:innen tendenziell zufried-

65 Vgl. Dalton, Russell J.: *The Participation Gap: Social Status and Political Equality*, Oxford 2017.

66 Marien/Hooghe/Quintelier 2010.

dener mit ihrem Leben sind als Nicht-Wähler:innen, spielt dieser Faktor bei den drei Protestformen keine Rolle. Der in der früheren Literatur diskutierte Einfluss von persönlicher Unzufriedenheit beziehungsweise Frustration ist nicht sichtbar. Allein die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung motiviert zur Beteiligung an Petitionen und Demonstrationen, nicht jedoch an Boykotten. Letztere wenden sich auch kaum gegen die Bundesregierung, sondern gegen Firmen und ausländische Regierungen. Keine Bedeutung für die Beteiligung an Protesten hat schließlich das Ausmaß der Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Österreich. Dies bestätigt die generelle Interpretation, wonach Protestpartizipation keineswegs als Ausdruck von Systemkritik interpretiert werden kann.

Bei den Kontrollvariablen zeigt sich, dass politisches Interesse die Basis für alle Formen von politischer Partizipation ist, während die Verbindung zu Parteien – operationalisiert über das Konzept der Parteiidentifikation – nur bei Wahlen und Demonstrationen eine Rolle spielt. Der kollektive Charakter der Beteiligung an Demonstrationen zeigt sich auch daran, dass neben der Verbindung zu Parteien auch die Mitgliedschaft bei Gewerkschaften mobilisierend wirkt. Bei den beiden individualistischen Protestformen Petition und Boykott spielen organisatorische Verbindungen hingegen keine Rolle.

## 6 Zusammenfassung

Politischer Protest ist im 21. Jahrhundert auch in Österreich zu einem alltäglichen Bestandteil des politischen Geschehens geworden. In Anlehnung an die Literatur zur Normalisierungsthese<sup>67</sup> ging der vorliegende Beitrag der Frage nach, inwieweit es auch in Österreich zu einer Normalisierung der Teilnehmer:innen an Protesten gekommen ist. Dabei wurden drei Dimensionen einer (möglichen) Normalisierung unterschieden: eine soziodemografische, eine ideologische und eine psychologische. Zusätzlich wurde untersucht, inwieweit ein unterschiedliches Ausmaß an Normalisierung bei den drei zentralen Protestformen Petition, Demonstration und Boykott beobachtbar ist.

Bei der soziodemografischen Dimension zeigt sich die Normalisierung vor allem bei den nicht mehr vorhandenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern: Frauen sind in der Protestarena nicht mehr weniger aktiv als Männer; bei Petitionen und Boykotten sind sie sogar signifikant aktiver. Während der Faktor Bildung bei der Teilnahme an Wahlen in Österreich keine entscheidende Rolle spielt, sind höher gebildete Personen bei Protesten immer noch deutlich stärker engagiert. Diese ungleiche Repräsentation

<sup>67</sup> Vgl. Norris/Walgrave/van Aelst 2005; van Aelst/Walgrave 2001.

ist problematisch, wenn auf diesem Weg in erster Linie eigene, gruppenspezifische Anliegen artikuliert werden.<sup>68</sup> Viele Proteste orientieren sich jedoch an kollektiven Interessen oder artikulieren bewusst die Anliegen Dritter. Auffällig ist schließlich die geringere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sowohl bei Wahlen, die als Referenzpunkt in die Analyse aufgenommen wurden, als auch bei Petitionen. Letzteres ist auch der Fall, wenn die Analyse nicht auf die wahlberechtigten Respondent:innen beschränkt wird. In der soziodemografischen Dimension zeigen sich somit sowohl Belege einer Normalisierung als auch Belege für weiterhin bestehende Differenzen und damit für politische Ungleichheit.

Auch in Bezug auf die ideologische Dimension der Normalisierung ist der empirische Befund nicht einheitlich: Der klassische Links-Rechts-Gegensatz spielt nur noch bei Demonstrationen eine zentrale Rolle. Allein bei dieser Protestform besteht immer noch eine klare Dominanz von Personen mit einer linken Orientierung. Anders verhält es sich beim Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werteorientierungen: Bei allen drei Protestformen besteht eine signifikant stärkere Beteiligung von Personen mit libertären Orientierungen.

Einheitlicher sind die Befunde bei der psychologischen Komponente, da vor allem die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben keineswegs einen relevanten Faktor für die Beteiligung an Protestereignissen darstellt. Auch Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie spielt keine Rolle, allein die Unzufriedenheit mit aktuell handelnden Personen, konkret der Bundesregierung, ist ein motivierender Faktor bei Petitionen und Demonstrationen.

Ein Vergleich der drei Protestformen zeigt, dass sich die Teilnehmer:innen an Demonstrationen am stärksten von der restlichen Bevölkerung unterscheiden – nicht nur im Hinblick auf das Ausmaß der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. In soziodemografischer Hinsicht sind jüngere Gruppen stärker vertreten und es besteht vor allem immer noch eine klare Dominanz von Personen mit einer linken ideologischen Orientierung.

Die vorliegende Studie erbrachte somit einige Hinweise für eine Normalisierung der Protestteilnehmer:innen in Österreich, jedoch – ähnlich wie vergleichbare Studien zu anderen westlichen Demokratien – keinesfalls einen Beleg für eine komplette Normalisierung. In Anlehnung an Giugni und Grasso<sup>69</sup> könnte statt einer „Normalisierung“ deshalb auch von einer „Pluralisierung“ gesprochen werden, da sich das soziodemografische und ideologische Spektrum der in der Protestarena aktiven Personen zwar erweitert hat, aber dennoch manche Gruppen überrepräsentiert sind. Kann sich

---

68 Vgl. Dalton 2017.

69 Vgl. Giugni/Grasso 2022, S. 408–409; Giugni/Grasso 2019, S. 197.

dies in naher Zukunft ändern? Die für die Analysen verwendeten Daten der neunten ESS-Welle wurden größtenteils 2018 erhoben und erfassen daher nicht die gerade in Österreich besonders starke Welle von Protesten gegen staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie. Viele dieser Demonstrationen wurden von rechten Gruppen organisiert und mobilisierten Personen, die aufgrund ihrer ideologischen Orientierung und – wahrscheinlich – auch soziodemografischen Merkmale bislang nicht in der Protestarena aktiv waren. Nachfolgende Wellen des ESS werden zeigen, ob und inwieweit diese Protestwelle die Tendenz zu einer Normalisierung der Protestteilnehmer:innen weiter verstärkt hat.

## Literatur

- Barnes, Samuel H./Farah, Barbara G./Heunks, Felix: Personal Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979, S. 381–407.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.
- Borbáth, Endre/Gessler, Theresa: Different Worlds of Contention? Protest in Northwestern, Southern and Eastern Europe, in: *European Journal of Political Research* 59/4 (2020), S. 910–935.
- Buechler, Steven M.: The Strange Career of Strain and Breakdown Theories of Collective Action, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford 2004, S. 47–66.
- Bundeswahlbehörde (2019): Nationalratswahl vom 29. September 2019. Verlautbarung der Bundeswahlbehörde. Online: [https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2019/files/Verlautbarung\\_endgueltiges\\_Ergebnis.pdf](https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/files/Verlautbarung_endgueltiges_Ergebnis.pdf).
- Caren, Neal/Ghoshal, Raj Andrew/Ribas, Vanesa: A Social Movement Generation. Cohort and Period Trends in Protest Attendance and Petition Signing, in: *American Sociological Review* 76/1 (2011), S. 125–151.
- Crozat, Matthew: Are the Times A-Changin'? Assessing the Acceptance of Protest in Western Democracies, in: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*. Lanham 1998, 59–81.
- Dalton, Russell J.: *The Participation Gap: Social Status and Political Equality*, Oxford 2017.
- Dalton, Russell/van Sickle, Alix/Weldon, Steven: The Individual-Institutional Nexus of Protest Behaviour, in: *British Journal of Political Science* 40/1 (2010), S. 51–73.
- de Moor, Joost: Lifestyle Politics and the Concept of Political Participation, in: *Acta Politica* 52/2 (2017), S. 179–197.
- della Porta, Donatella/Fillieule, Olivier/Reiter, Herbert: Policing Protest in France and Italy: From Intimidation to Cooperation? In: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*, Lanham 1998, S. 111–130.
- Dolezal, Martin: From Party State to Movement Society? Conventional and Unconventional De-

- mocratic Practices in Austria, 1974–2018, in: Bischof, Günter/Wineroither, David M. (Hg.): *Democracy in Austria*, Innsbruck 2019, 137–155.
- Dolezal, Martin: Die österreichische Protestarena im neuen Jahrtausend: Mobilisierungsstärke, Aktionsformen und Themen, 1998–2016, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 50/2 (2021), S. 1–13.
- Earl, Jennifer/Kenski, Kate: Online Political Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Participation*, Oxford 2022, S. 435–450.
- Farah, Barbara G./Barnes, Samuel H./Heunks, Felix: Political Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): *Political Action. Mass Participation in five Western Democracies*, Beverly Hills 1979, S. 409–447.
- Filzmaier, Peter/Patscheider, Markus/Perlot, Flooh: MigrantInnen als Wählergruppe, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 44/2 (2015), S. 29–43.
- Fuchs, Dieter: *The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB, FS III 90–203), Berlin 1990.
- Gallego, Aina: Unequal Participation in Europe, in: *International Journal of Sociology* 37/4 (2007), pp. 10–26.
- Giugni, Marco/Grasso, Maria: Protest Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Participation*, Oxford 2022, S. 396–416.
- Giugni, Marco/Grasso, Maria T.: *Street Citizens. Protest Politics and Social Movement Activism in the Age of Globalization*, Cambridge 2019.
- Grasso, Maria T.: Age, Period and Cohort Analysis in a Comparative Context. Political Generations and Political Participation Repertoires in Western Europe, in: *Electoral Studies* 33/1 (2014), S. 63–76.
- Grasso, Maria T./Giugni, Marco: Political Values and Extra-Institutional Political Participation. The Impact of Economic Redistributive and Social Libertarian Preferences on Protest Behaviour, in: *International Political Science Review* 40/4 (2019), S. 470–485.
- Gurr, Ted Robert: *Why Men Rebel*, Princeton 1970.
- Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter: Movements of the Left, Movements of the Right Reconsidered, in: van Stekelenburg, Jacquélien/Roggeband, Conny/Klandermans, Bert (Hg.): *The Future of Social Movement Research. Dynamics, Mechanisms, and Processes*, Minneapolis (2013), S. 281–298.
- Inglehart, Ronald, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.
- Kostelka, Filip/Rovny, Jan: It's Not the Left. Ideology and Protest Participation in Old and New Democracies, in: *Comparative Political Studies* 52/11 (2019), pp. 1677–1712.
- Lahusen, Christian/Bleckmann, Lisa: Beyond the Ballot Box. Changing Patterns of Political Protest Participation in Germany (1974–2008), in: *German Politics* 24/3 (2015), S. 402–426.
- Lijphart, Arend: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: *American Political Science Review* 91/1 (1997), S. 1–14.
- Lorenzini, Jasmine/Forno, Francesca: Political Consumerism and Lifestyle Activism, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Participation*, Oxford 2022, S. 417–434.
- Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Inequalities in Non-institutionalised Forms



- of Political Participation. A Multi-level Analysis of 25 countries, in: *Political Studies* 58/2 (2010), pp. 187–213.
- McAdam, Doug: Recruitment to High-Risk Activism. The Case of Freedom Summer, in: *American Journal of Sociology* 92/1 (1986), S. 64–90.
- Melo, Daniela F./Stockemer, Daniel: Age and Political Participation in Germany, France and the UK: A Comparative Analysis, in: *Comparative European Politics* 12/1 (2014), S. 33–53.
- Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century*, Lanham 1998.
- Micheletti, Michele: *Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action*, New York 2003.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: *Soziale Welt* 44/3 (1993), S. 305–326.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald: *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge 2019.
- Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone? In: *Comparative Politics* 37/2 (2005), S. 189–205.
- Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Does Protest Signify Dissatisfaction? Demonstrators in a Postindustrial Democracy, in: Torcal, Mariano/Ramon, José (Hg.): *Political Dissatisfaction in Contemporary Democracies*, London 2006, S. 279–309.
- Oser, Jennifer/Hooghe, Marc/Marien, Sofie: Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and their Stratification, in: *Political Research Quarterly* 66/1 (2013), S. 91–101.
- Plasser, Fritz/Seeber, Gilg: Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich, in: Helms, Ludger/Wineroither, David (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage*, Baden-Baden 2017, S. 337–364.
- Quaranta, Mario: The ‚Normalisation‘ of the Protester. Changes in Political Action in Italy (1981–2009), in: *South European Society and Politics* 19/1 (2014), S. 25–50.
- Rosenberger, Sieglinde/Stadlmair, Jeremias: Petitionen und Parlamentarische Bürgerinitiativen – Zivilgesellschaft im Parlament? In: Drimmel, Nikolaus/Stelzer-Orthofer, Christina (Hg.): *TransForm. Journal für zivilgesellschaftliche Innovation. Heft 1: Demokratie*, Berlin 2016, 68–88.
- Rucht, Dieter: The Spread of Protest Politics, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford 2007, S. 708–723.
- Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E./Verba, Sidney: *Unequal and Unrepresented. Political Inequality and the People’s Voice in the New Gilded Age*, Princeton 2018.
- Schwartz, Shalom H.: Value Orientations. Measurement, Antecedents and Consequences Across Nations, in: Jowell, Roger/Roberts, Caroline/Fitzgerald, Rory/Eva, Gillian (Hg.): *Measuring Attitudes Cross-Nationally. Lessons from the European Social Survey*, Los Angeles 2007, S. 169–203.
- Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc/Micheletti, Michele: Politics in the Supermarket. Political Consumerism as a Form of Political Participation, in: *International Political Science Review* 26/3 (2005), S. 245–269.
- Thomassen, Jacques J. A.: Economic Crisis, Dissatisfaction, and Protest, in: Jennings, M. Kent/

- van Deth, Jan W. (Hg.): *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin 1989, S. 103–134.
- Torcacal, Mariano/Rodon, Toni/José Hierro, Maria: *Word on the Street. The Persistence of Leftist-dominated Protest in Europe*, in: *West European Politics* 39/2 (2016), S. 326–350.
- UNECE (2015): *Conference of European Statisticians. Recommendations for the 2020 Censuses of Population and Housing*. New York: United Nations.
- van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan: *Who is that (Wo)Man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester*, in: *European Journal of Political Research* 39/4 (2001), S. 461–486.
- van Deth, Jan/Zorell, Carolin: *Politischer Protest und Konsum*, in: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden 2020, S. 393–412.
- van Stekelenburg, Jacquélien/Klandermans, Bert: *The Social Psychology of Protest*, in: *Current Sociology Review* 61/5–6 (2013), S. 886–905.
- van Stekelenburg, Jacquélien/Klandermans, Bert/Walgrave, Stefaan: *Individual Participation in Street Demonstrations*, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter/McCammon, Holly J. (Hg.): *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements. Second Edition*, Oxford 2019, S. 369–391.
- Waddington, David: *Riots*, in: della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford 2015, S. 423–438.
- Wennerhag, Magnus: *Patterns of Protest Participation are Changing*, in: *Sociologisk Forskning* 54/4 (2002), S. 347–351.